

B U N D E S G E R I C H T S H O F

B E S C H L U S S

IV ZB 248/67

in der Entschädigungssache

der Frau Carlota N [REDACTED] geb. J [REDACTED],
[REDACTED] S [REDACTED] R [REDACTED], V [REDACTED] L [REDACTED], Prov. B [REDACTED] /Argentinien,

Klägerin und Beschwerdeführerin,

- Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt [REDACTED], [REDACTED] -

gegen

das Land H e s s e n,
vertreten durch den Hessischen Minister des Innern,
Wiesbaden, Luisenstraße 13,

Beklagten und Beschwerdegegner.

Das Verfahren ist frei von gerichtlichen Gebühren
und Auslagen.

Gefährdet

Der Klägerin ist wegen Schadens im beruflichen Fort-
kommen eine Kapitalentschädigung von 6.534,- RM zuerkannt
worden. Sie ist in die vergleichbare Beamtengruppe des ein-
fachen Dienstes eingestuft und der Entschädigungssatz
vom 1. Januar 1954 bis zum 31. Dezember 1946 bemessen worden.
Das Berufungsgericht hat eine Ausdehnung des Entschädigungs-
satzes abgelehnt, weil die Klägerin auf Grund des Ein-
kommens ihres Mannes vom 1. Januar 1947 an nachhaltig
eine ausreichende Lebensgrundlage gehabt habe.

Wie der Senat in dem Rzw 1967, 407 Nr. 20 veröffentlichten Urteil ausgeführt hat, hat eine Ehefrau durch die Ehe wieder eine ausreichende Lebensgrundlage erlangt, wenn das Einkommen ihres Mannes nachhaltig das 1 1/2fache der für sie maßgebenden Tabellensätze erreicht. Nach der vom Berufungsgericht vorgenommenen Umrechnung der von dem Ehemann der Klägerin in der Währung Argentiniens erzielten Einkünfte, bei der die für allgemeine Zwecke nach dem deutschen Währungsschema von den Statistischen Bundesamt ermittelten Kaufkraftwerte verwendet worden sind, hat das Einkommen des Mannes von 1947 bis 1956 das 1 1/2fache der Vergleichssätze überschritten. In dem Berufungsurteil wird ausgeführt, 1947 habe nicht damit gerechnet werden können, daß der Ehemann der Klägerin mehr als 10 Jahre später als Folge der wirtschaftlichen Verhältnisse in Argentinien geringere Einkünfte haben würde. Auf dieser Grundlage kann demnach die Nachhaltigkeit der erreichten Lebensgrundlage für die Zeit von 1. Januar 1947 an nicht in Frage gestellt werden. Nicht von entscheidender Bedeutung ist es, daß das Einkommen des Mannes der Klägerin nicht erst, wie das Berufungsgericht angenommen hat, 1958, sondern bereits 1957 unter den maßgebenden Vergleichssatz abgesunken ist.

Die sofortige Beschwerde macht geltend, bei der Umrechnung des in argentinischer Währung erzielten Einkommens könnten die nach allgemeinen Grundsätzen ermittelten Kaufkraftwerte nicht angewendet werden, weil der Preisvergleich nicht unter Berücksichtigung der die Verfolgten besonders belastenden Ausgaben durchgeführt worden sei. Damit kann jedoch die Zulassung der Revision nicht erreicht werden, denn das Berufungsgericht hat diesen rechtlichen Gesichtspunkt nicht unbeachtet gelassen. In dem Berufungsurteil wird ausgeführt,

daß das Statistische Bundesamt für Argentinien eine Berichtigung der Kaufkraftrelationen in dem von der Klägerin gewünschten Sinn bisher nicht vorgenommen habe, daß aber auch eine derartige Korrektur zu keinem für die Klägerin günstigeren Ergebnis führen würde. Das Berufungsggericht hat also die Notwendigkeit, daß die allgemeinen Kaufkraftwerte zu korrigieren sein könnten, gesehen. Der von ihm für 1947 mit unterstellten berichtigten Kaufkraftwerten errechnete Einkommensbetrag von 4.957,- RM ist mangels konkreter sich auf Argentinien beziehender Unterlagen keine geeignete Grundlage für die Entscheidung. Etwa für Brasilien ermittelte Kaufkraftwerte lassen sich nicht ohne weiteres auf die Verhältnisse Argentinien übertragen. Dafür, daß bei Verwendung korrigierter Kaufkraftwerte das Einkommen des Klägers der Klägerin von 1947 bis 1956 die maßgebenden Tabellensätze nicht erreicht habe, bestehen keine Anhaltspunkte, zumal das Statistische Bundesamt für Argentinien einen neuen Preisvergleich unter weitgehender Berücksichtigung der für das Entschädigungsrecht aufgestellten Forderungen durchgeführt hat mit dem Ergebnis, daß eine Änderung der in den Tabellen des Justizministeriums von Baden-Württemberg veröffentlichten Zahlenreihe nicht veranlaßt sei (Beschluss des Senats vom 22. Oktober 1965 - IV 23 565/64 -).

Die nach § 219 Abs. 2 ZPO für die Zulassung der Revision erforderlichen Voraussetzungen liegen nicht vor. Die sofortige Beschwerde der Klägerin ist deshalb zurückzuweisen.

- 5 -

Die Kostenentscheidung beruht auf § 209 Abs. 1,
§ 225 Abs. 1 BEG, § 97 Abs. 1 ZPO.

Acher

Wüstenberg